

<C-Titel>Was heisst da "humanitäre Hilfe"?

<C-Untertitel>20 Mio für Sandkastenübung in der Westsahara

<C-Lead>Nach einem Beschluss des Bundesrates sollen bis 1994 Schweizer Blauhelme in Batallionsstärke ausgebildet werden und für Einsätze im Ausland bereitstehen. Einsätze von Sanitätseinheiten finden jedoch schon heute statt, gegenwärtig im Rahmen der UNO-Ueberwachungsmission MINURSO. (Mission des Nations Unies pour le référendum au Sahara occidental). Der Schweizer Diplomat Johannes Manz, bis vor kurzem noch UNO-Sonderbeauftragter für MINURSO, hat sein Amt im Dezember aus Protest niedergelegt. Was steht dahinter?

<C-Text>Anfang August 1991 gaben das EMD und das EDA in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, dass in der Westsahara im Rahmen der friedenserhaltenden Dienste der Schweiz eine Sanitätseinheit eingesetzt werden solle, vergleichbar der Namibia-Mission von 1989/90. Der Westsahara-Einsatz der Swiss Medical Unit (SMU) werde bis zum 6 März 1992 dauern und auf rund 20 Mio. Franken.zu stehen kommen.

Die Abreise der ersten Gruppe SMU-Mitglieder war auf Mitte August geplant; bis Anfang September hätten drei Kliniken aufgebaut werden sollen, die zur medizinischen Versorgung der internationalen Friedenstruppe

konzipiert waren. Reise- und Arbeitspläne der Schweizer wurden jedoch durch marokkanische Schikanen erheblich verzögert. Das erste Kontingent konnte sich erst am 5. September in die Westsahara begeben, und bis heute ist der Aufbau der Kliniken noch nicht abgeschlossen, für deren Erstellung 400 Tonnen Material, 37 Spezialfahrzeuge, drei Flugzeuge und eine Menge Spezialmaterial befördert wurden. Allein das Container-Spital am Rande von Laâyoune, der von marokkanischem Militär besetzten Garnisonstadt, ist fertig gebaut und funktioniert perfekt, mit Personal im Ueberfluss, Aerzten, Krankenschwestern, technischem und militärischem Kader. Patienten allerdings sind rar, abgesehen von den Mitgliedern der Schweizerischen Sanitätseinheit selbst, die medizinische Hilfe brauchen.

Doch nicht nur den schweizerischen Blaubérets, sondern der Arbeit der MINURSO überhaupt wurden Steine in den Weg gelegt: anstelle der geplanten 3000 UNO-Vertreter sind bis heute kaum 400 in der Westsahara stationiert, die sich anstelle der vorgesehenen Referendumsvorbereitung vor allem mit Waffenstillstandsüberwachung zu befassen haben. Von deren Präsenz ist jedoch wenig spürbar. Nach Aussagen inzwischen zurückgekehrter Mitglieder der SMU hält man in Laâyoune vergeblich nach der UNO-Flagge Ausschau. Sie findet sich nicht einmal über dem UNO-Hauptquartier oder über dem SMU-Spital. Vergeblich auch sucht man nach den UNO-Kennzeichen an

den Autos der Mitglieder der UNO-Mission. Ueberall prangen die marokkanischen Hoheitszeichen, obwohl gerade die Staatszugehörigkeit der Westsahara Gegenstand des seit 18 Jahren dauernden Konflikts ist. Die Aufgabe der UNO-Funktionäre wäre es, dessen Beendigung in einem orderentlichen und legalen - Referendum zu überwachen, damit die saharaouische Bevölkerung nach der Vertreibung und blutigen Dezimierung durch Hassan II. endlich ihr Selbstbestimmungsrecht wahrnehmen und über die politische Form ihres Hoheitsgebiets bestimmen könnte, gemäss dem im April 1991 vom Sicherheitsrat der UNO beschlossenen Friedensplan.

Es hätte eigentlich viel Staub aufwirbeln müssen, dass Johannes Manz Mitte Dezember sein Mandat als Sonderbeauftragter der UNO für die Westsahara niederlegte, während die politische Situation in diesem weltvergessenen Wüstengebiet im Süden Marokkos, zwischen Atlantik, Mauretanien und Algerien, sich trotz der scheinbaren Befriedungsaktion zuspitzte, und die Ablösung von Perez de Cuellar an der Spitze der UNO eine zusätzliche Verunsicherung mit sich brachte. Zu wenig Gewicht wurde auf die Gründe seiner Amtsaufgabe gelegt, obwohl schon die Wahl von Manz nicht unbestritten war, nachdem er gleichzeitig für eine weiteres Amt als Kandidat figurierte - nämlich als Chef der Schweizerischen Beobachtermission am Sitz der Vereinten Nationen in New York. In

dieser Funktion wurde Manz in der Zwischenzeit bestätigt. Wer sein Nachfolger sein wird, steht noch nicht fest. Auf jeden Fall wird dessen Wahl das weitere politische Schicksal der Saharaouis beeinflussen, da die Tätigkeit der MINURSO auf Grund der gezielten marokkanischen Verschleppungstaktik noch nicht so bald abgeschlossen sein dürfte. Anzunehmen ist, dass Boutros Ghali, der neue Generalsekretär der UNO, in seinem - mit Spannung erwarteten - Rapport zur Lage in der Westsahara auch einen neuen Termin für das Referendum festlegen wird.

<C-Zwischentitel>Wenn der Beschützer mit dem Feind unter einer Decke steckt

In der Westsahara spielt die UNO bis jetzt eine janusköpfige Rolle. Dem ursprünglichen Auftrag, die Rückführung der gegen 200'000 saharaouischen Flüchtlinge aus den in Algerien gelegenen Lagern zu überwachen, sodann die Stimmberechtigten - nach den noch von den Spaniern erstellten Personenregistern - zu erfassen und die ordentliche und legale Abwicklung eines freien Referendums zu garantieren, wird sie vorderhand nicht gerecht. Schon Mitte November veröffentlichte "The Independent" einen auf Grund von Zeugenaussagen zustande gekommenen Bericht über vielfältige Zusammenarbeit hoher UNO-Beamten mit der marokkanischen Regierung gegen die Interessen der saharaouischen Bevölkerung. Die UNO lässt es auch zu, dass auf Veranlassung der

marokkanischen Regierung erneut Tausende von Marokkanern mit Bussen in die Westsahara gefahren werden, die sich dort als zurückgekehrte "Einheimische" in die Stimmregister einschreiben lassen, sodass die Voraussetzungen für ein gerechtes Referendum aufs gröbste gefälscht werden. Wann immer dieses stattfinden wird - mit einiger Wahrscheinlichkeit frühestens in einem halben Jahr (geplant war es ursprünglich auf Mitte Januar) - wird es als offiziell abgeseignete Farce wertlos sein. Die USA, die wegen der militärischen Stützpunkte und wegen der Unterstützung während des Golfkriegs ihr gutes Verhältnis zu Marokko nicht trüben wollen, sehen davon ab, Druck auf König Hassan auszuüben. Marokko seinerseits hat bekanntgegeben, dass es ein Referendum ohnehin nur akzeptieren werde, wenn es zu seinen Gunsten ausfalle., das heisst, dass es das 280'000 Quadratkilometer grosse, bis 1975 von Spanien verwaltete Wüstengebiet im Süden des Königreichs nicht freizugeben gedenke. Immerhin verfügt die Westsahara über die weltweit drittgrössten Phosphatreserven, über Ölquellen und über unterirdische Süsswasserseen sowie über eine 1000 Kilometer lange, fischreiche Küstenzone.

Auch die alltägliche Arbeit der Rumpf-MINURSO wird von Marokko aufs empfindlichste behindert, konsequent zur generellen Torpedierungstaktik. So wird zum Beispiel alle eingehende und ausgehende Post der UNO-Leute

gefilzt – auch die der SMU. Selbst der Telefonverkehr wird abgehört. Presseleute erhalten von Marokko kein Visum für die Westsahara, und falls sie es schaffen, mit einem Touristenvisum einzureisen, werden sie von Sicherheitsbeamten auf Schritt und Tritt überwacht und an jedem Kontakt mit Einheimischen oder mit den Mitgliedern der UNO-Truppen gehindert.

Saharaouis werden auch heute noch von der allgegenwärtigen marokkanischen Polizei und von Militäreinheiten willkürlich festgenommen, gefoltert und gefangengesetzt. Internationalen Hilfsorganisationen sind die Namen von über 800 Verschwundenen bekannt. Zur Aufklärung deren Schicksal trägt Marokko bis heute nichts bei. In der Schweiz hat sich inoffiziellerweise – wie in den meisten europäischen Ländern – ein Unterstützungskomitee für den Freiheitskampf der Saharaouis gebildet. Die offizielle Schweiz aber wird durch ihre naive Eins-zu-Eins-Sandkastenübung im Rahmen einer mehr oder weniger trügerischen UNO-Mission zur Komplizin des marokkanischen Unrechtregimes. Ob angesichts der zu erwartenden Verlängerung der MINURSO-Tätigkeit auch die Präsenz der SMU in der Westsahara verlängert und das dafür nötige Budget zusätzlich erhöht werden soll, wird der Bundesrat am 15. Januar entscheiden – nicht zuletzt ein Entscheid darüber, was er unter "humanitärer Hilfe" versteht.